

ENZYKLOPÄDIE DES WIENER WISSENS

BAND XXVI Zentralsparkasse

Enzyklopädisches Stichwort:

Die Gründung der Zentralsparkasse erfolgte relativ spät, da in den ehemaligen Vorortgemeinden bereits Sparkassen existierten, die eine Konkurrenzierung bzw. den Verlust ihrer Selbständigkeit aufgrund der Neugründung befürchteten. Auch die Frage des Geschäftskreises der Sparkasse blieb lange umstritten; erst 1905 konnten in beiden Fragen Kompromisse erzielt werden, die es der Sparkasse ermöglichten, Anfang 1907 ihren Betrieb aufzunehmen.

Bis 1955 blieb der Geschäftskreis der Sparkasse im Wesentlichen unverändert, allerdings wurde das Filialnetz mehrfach erweitert. Erstmals erfolgte dies im Rahmen von Fusionen mit den Kommunalsparkassen 1922/23 bzw. 1925. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurden zahlreiche Filialen neu eröffnet. 1938/39 kam es im Zuge der Schaffung von Groß-Wien zur Fusion mit den Sparkassen der Umlandgemeinden. Diese Maßnahme kompensierte den Einlagenabfluss, der durch die Vertreibung und Enteignung der Wiener Juden ausgelöst wurde. In der Zeit von 1945–1955 stand der Wiederaufbau des bestehenden Filialnetzes der Zentralsparkasse im Vordergrund. Zugleich wurden die betrieblichen Abläufe rationalisiert und in großem Umfang Personal abgebaut. Damit konnte sich die Zentralsparkasse trotz der kriegsbedingten Währungs- und Wertpapierabwertungen in Eigenregie, ohne staatliche Zuschüsse sanieren.

In der Zeit von 1955 bis 1979 wurde der Geschäftskreis der Zentralsparkasse stark ausgeweitet. Das rasche Wachstum ermöglichte den Aufstieg der Zentralsparkasse zu einem der größten österreichischen Geldinstitute. Auch das Auslandsgeschäft gewann rasch an Bedeutung. Die traditionelle Spendengewährung wurde forciert. Insbesondere die Förderung der Wiener Kunst- und Kulturszene wurde zum Markenzeichen der Zentralsparkasse.

Auch die Zentralsparkasse blieb von den zunehmenden Konzentrationstendenzen innerhalb des österreichischen Finanzsektors seit den 1980er Jahren nicht unberührt. Zunächst kam es zur Fusion mit – teilweise finanziell angeschlagenen – Regionalsparkassen. 1991 fusionierte die Zentralsparkasse schließlich mit der Länderbank. Das neue Institut gab sich den Namen Bank Austria, blieb jedoch weiterhin eine Gemeindesparkasse, für deren Verbindlichkeiten die Stadt Wien haftete. Die Fusion mit der Länderbank kann ebenso wie jene mit der Creditanstalt 1997 als erfolgreich angesehen werden. Als Abschluss der Integration von Zentralsparkasse, Länderbank und Creditanstalt kann die Vereinheitlichung der unterschiedlichen dienstrechtlichen Regelungen 2004/05 angesehen werden.

Die Haftungsübernahmen durch die Stadt Wien waren bereits 2001 eingestellt worden. Die Bank Austria hatte dadurch das wesentliche Merkmal einer Gemeindesparkasse verloren.

Rudolf Bogensperger

EINE SPARKASSE (NICHT NUR) FÜR DIE WIENER

*Die Geschäftspolitik der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien
im Kontext der Entwicklung des österreichischen Sparkassensektors*

ENZYKLOPÄDIE DES WIENER WISSENS:

*Begründet 2003 und herausgegeben von Hubert Christian Ehalt
für die Wiener Vorlesungen, Dialogforum der Stadt Wien*

ISBN 978-3-99028-613-5

© 2016 Verlag Bibliothek der Provinz A-3970 WEITRA

Rudolf Bogensperger

EINE SPARKASSE
(NICHT NUR) FÜR DIE WIENER

*Die Geschäftspolitik der Zentralsparkasse
der Gemeinde Wien im Kontext der Entwicklung
des österreichischen Sparkassensektors*

INHALT

Vorwort des Herausgebers	9
Danksagung	13
Einleitung	15
Das Projekt der Gründung einer städtischen Sparkasse im Spannungsfeld der Wiener Gemeinde- und Bezirkspolitik ...	17
Eine Idee wird geboren: Die ersten Anträge zur Gründung einer Wiener Gemeindesparkasse und Pfandleihanstalt	18
Der Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines städtischen Finanzinstituts	22
Das Projekt eines städtischen Pfandleihunternehmens	26
Der Widerstand der Wiener Sparkassen gegen die Gründung der Zentralsparkasse und die interne Debatte der christlichsozialen Partei	27
Statut und Geschäftskreis der Zentralsparkasse	31
Zusammenfassung der Gründungsgeschichte	34
„Das Institut des Mittelstandes und der kleinen Leute“	35
Aufgaben und Zusammensetzung von Ausschuss und Kuratorium der Zentralsparkasse	35
Die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen der Mitglieder der Gremien der Zentralsparkasse	37
Die Verbindungen der Zentralsparkasse zum Reichsverband der Deutschen Sparkassen in Österreich	41
Die Auseinandersetzungen um die Zinspolitik der Zentralsparkasse	48
Die Verbindungen der Zentralsparkasse zur Baukreditbank	53
Die Geschäftsverbindungen der Zentralsparkasse mit galizischen Banken	64
Die Zentralsparkasse in politisch bewegter Zeit	73
Die Beteiligung der Zentralsparkasse an der Emission von Krieganleihen und Wiener Stadtanleihen 1914–1918	73
Personalmangel und die Ambivalenz des „Fürsorgeprinzips“ ..	74

„Nostrifizierungen“ und die Rückzahlung der Kriegsanleihe nach 1918	76
Die Gründung des Betriebsrats der Zentralsparkasse und die neue Dienstordnung	78
Die Ausweitung des Geschäftskreises in den ersten Nachkriegsjahren	80
Der Zusammenhang zwischen Hyperinflation und „Spekulation“ am Beispiel der Wiener Gemeindesparkassen .	81
Die Verhandlungen über die Sparkassenfusion 1923 und die Übernahme von Beschäftigten durch den Magistrat	85
Der „Sonderfall“ Währing: Eine Fusion wird zum politischen Zankapfel	88
Die Auseinandersetzungen im Sparkassensektor um die Centralbank der Deutschen Sparkassen	91
Die Debatte über die Gründung einer Girozentrale als Nachfolgerin der Centralbank	97
Die Modernisierung des Spareinlagengeschäfts der Zentralsparkasse	100
„Reparaturdarlehen“ zur Sanierung des Wiener Wohnungsbestands und die Darlehensvergabe an öffentliche Körperschaften	101
Der Sparkassensektor und der Run auf die Creditanstalt 1931	104
Die Zentralsparkasse als „Liquiditätsausgleichsstelle“ des Sparkassensektors	106
Die Sanierung der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft	108
Die Beteiligung der Zentralsparkasse an den Eigensanierungen des Sparkassensektors während der Weltwirtschaftskrise	110
„Umfärbung“ und Einlagenverluste der Zentralsparkasse nach den Februarkämpfen	114
Die Geschäftspolitik der Zentralsparkasse im autoritären Ständestaat	117
Verfolgung und Enteignung von jüdischen Kunden und Mitarbeitern durch die Zentralsparkasse 1938/39	118
Die Fusion mit den Sparkassen der Wiener Umlandgemeinden und der Ausbau des Filialnetzes 1938/39	119
Die Zentralsparkasse während des Zweiten Weltkriegs	121

Entnazifizierung und Personalpolitik der Zentralsparkasse 1945 – 1955	122
Die Konfiskation der Sparguthaben 1945 und 1947	124
Die Sanierung der Zentralsparkasse 1947-1955	125
Der Verwaltungsausschuss und die Spendengewährung der Zentralsparkasse	126
Die Abkommen der Kreditinstitutsverbände nach 1945 und ihre Auswirkungen auf die Sparkassen	127
„Wir machen die Zentralsparkasse zum größten österreichischen Geldinstitut“	131
Die Erweiterung des Geschäftskreises der Zentralsparkasse 1955 – 1969	131
Einlagenentwicklung und Sparerziehung der Zentralsparkasse	138
Die Einführung des privaten Girokontos	142
Der Verein „Gut Haushalten“	146
Der Privatkredit als „negatives Sparen“	147
Die Personalpolitik der Zentralsparkasse in der Ära Neubauer	149
Die Eröffnung zusätzlicher Filialen und der Neubau der Hauptanstalt	150
Die „Kulturdividenden“ – Neue Formen der Gemeinnützigkeit	152
Ein „Retter in der Not“ wird zum guten Kunden: Die Zentralsparkasse und Franz Olah	154
Der „Fall Olah“, die Zentralsparkasse und die Ablöse Josef Neubauers	159
Von der Wiener Gemeindesparkasse zum europäischen Finanzkonzern	166
Die Reorganisation der Zentralsparkasse in den 1970er Jahren	166
Die Übernahme der Wien-Kredit durch die Zentralsparkasse und das Ende des Regionalitätsprinzips im Sparkassensektor	169
Die Auswirkungen des Kreditwesengesetzes 1979 auf die Struktur des Sparkassensektors	171

Vom Habenzinsabkommen zu den Ordnungspolitischen Vereinbarungen: Maßnahmen zur Vermeidung eines „ruinösen Wettbewerbs“ in den 1970er und 1980er Jahren ..	177
Vom Zentralsparkasse-Prämiensparen zur personalisierten Privatkreditwerbung	183
Der Zentralsparkasse-Klub und die Symposien der Zentralsparkasse als Beispiele der Synthese von Gemeinnützigkeit und Kundenbindung	185
Die Personalpolitik der Zentralsparkasse in den 1980er Jahren	188
Die Auslandsgeschäfte der „Zentralsparkasse und Kommerzialbank“	192
Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung: Emission von Partizipationsscheinen und die „Umwandlung“ der Zentralsparkasse in eine Aktiengesellschaft	193
Die Fusionen innerhalb des Sparkassensektors ab 1980	196
Sanierung und Restrukturierung der Österreichischen Länderbank in den 1980er Jahren	199
Der Zusammenschluss von Zentralsparkasse und Länderbank zur Bank Austria	203
Bank Austria und GiroCredit zwischen Kooperation und Konfrontation	206
Die Fusion von Bank Austria und Creditanstalt	211
Von der Zwei-Marken-Strategie zur Vollfusion von Bank Austria und Creditanstalt	217
Die Dienstrechtsreform 2004/05 und der Austritt der Bank Austria aus dem Sparkassenverband	221
Das Verfahren der EU-Kommission gegen die Absprachen im Rahmen des Lombardclubkartells	222
Die Übernahme der Bank Austria durch die HVB	227
Das Ende der Gemeindehaftung und die Umwandlung der AVZ in eine Privatstiftung	228
Das Erbe der Zentralsparkasse	230
Anmerkungen	234
Quellenverzeichnis	274
Abbildungsverzeichnis	283
Tabellenverzeichnis	283
Abkürzungsverzeichnis	283

VORWORT HERAUSGEBERS

Wissen: eine stets polyvalente Ressource

Wissen entfaltet sich in Ideen, Unternehmungen, Projekten, Erfindungen, Strategien, Weltanschauungen und Haltungen, aus denen innovative Gestaltungen des sozialen und kulturellen Lebens erwachsen. Wissen ist jene Ressource, die mit ihren sprachlich kodifizierten Modulen ständig eine Auseinandersetzung und Verbindung zwischen dem Vergangenen und den kulturellen Herausforderungen des Gegenwärtigen vornimmt. Wissen ist ein intellektueller Fluss, der dann am lebendigsten, quirligsten und klarsten ist, wenn die Vorstellungen der Regulierung und Disziplinierung eingedämmt sind und ein Geist von Offenheit regiert.

Seit zwölf Jahren erkundet die Buchreihe „Enzyklopädie des Wiener Wissens“ Bestandteile, Dimensionen und Parameter von Wissen in Wien. Wissen ist ein Begriff für intellektuelles Gut in abstrahierter und objektivierter Form.

Wissen ist individuelle und kollektiv gespeicherte Erfahrung von Menschen, die sie in ihrem Leben gemacht haben und die systematisch erweitert, aktualisiert, systematisiert, in vielfältiger Hinsicht institutionalisiert und kanonisiert wurde und wird. Individuelles Wissen entstand und entsteht mit jedem neuen Menschenleben von Tag zu Tag, von Handlung zu Handlung, von Reflexions- zu Reflexionsarbeit. Wissen wird aktions- bzw. erlebnisbezogen kommuniziert, in unterschiedlichen, sich ständig verändernden Vermittlungs- und Dokumentationsvorgängen aufgezeichnet, mündlich und schriftlich überliefert. In den Aufzeichnungs- und Dokumentationsprozessen geschehen Modifikationen: Zusammenfassungen, Weglassungen, Ausschmückungen, Weiterentwicklungen, wissenschaftliche Reflexionen und Bearbeitungen.

Individuelles Wissen entsteht und vergeht wie das Leben der AkteurInnen. Im Gegensatz dazu stehen die kanonisierten Wis-

sensbestände der Menschheitsgeschichte. Sie stellen den „kleinen Alltags und Alltäglichkeiten“ der Menschen bedeutende Geschichten und Zeichen gegenüber. Besonders „eindrucksvolles“ Wissen, das etwas deutlich zeigt und erklärt oder Menschen bewegt, gewann und gewinnt Gestalt in großen Mythen wie „Romeo und Julia“ oder „Orpheus und Eurydike“, die sich mit der unendlichen, unbrechbaren und unberechenbaren Macht der Liebe (Geschichte und Narrativ) auseinandersetzen. Auch die großen intellektuellen Erklärungsgebäude der gesellschaftlichen Welt wie der Marxismus oder die Zivilisationstheorie u. a. bleiben als „große Erzählungen“ selbst dann erhalten, wenn ihr Ende proklamiert wird.

Daraus resultiert eine Aufgabenstellung der „Enzyklopädie des Wiener Wissens“. Sie stellt die Frage, ob und durch welche Bedingungen und Entwicklungen es zur Ausbildung spezifischer Wiener Wissensbestände und Narrative gekommen ist.

Wissen baut auf individuellen Leistungen von WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, WissenshistorikerInnen, die neues Wissen schaffen bzw. Wissen auf originelle Weise neu ordnen, neue Perspektiven und Paradigmen ermöglichen, und es baut auf Institutionen, d. h. auf die Arbeit von Bibliotheken, Archiven, Universitäts- und Akademieinstituten.

Wissen generieren, durch Kritik weiterentwickeln und zugänglich machen ist eine Leistung von Einzelnen, von Gruppen, Kreisen und Netzwerken. Immer aber steht die intellektuelle Arbeit einzelner Menschen im Mittelpunkt. Die „Enzyklopädie des Wiener Wissens“ führt daher auch eine Reihe, in der Persönlichkeiten porträtiert werden.

Wissen und seine Weitergabe ist – so wie Geschichte und Gesellschaft im Ganzen – immer gleichzeitig individuell, als intellektuelle Arbeit einzelner Individuen, die erleben, denken, analysieren und erklären (lehren, predigen), und kollektiv, von dem Weltwunder der „Bibliothek in Alexandria“ bis zu Wikipedia. Jede analytische Auseinandersetzung mit Wissen muss sich dieser Bipolarität zwischen individueller Handlung, Gestaltung und Reflexion vor dem Hintergrund allgemeiner Verhältnisse und Erfahrungen und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bewusst

sein. Geschichte und Gesellschaft realisieren sich als Einzelhandlungen in großen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Diese Zusammenhänge wurden und werden von den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften unterschiedlich beschrieben – als Interdependenzketten, in denen Machtdifferenziale wirksam werden, die von Individuen mitgestaltet werden, als Ausdrucksformen einer Entwicklungsbiologie, in der die Menschen als Marionetten der Evolution erscheinen.

Die Wissensgeschichte bildet sowohl die Entwicklungsgeschichte von Wissensbeständen – deren Anwachsen, Veränderungen und Zerstörungen – ab, als auch deren Inhalte. Inhalte des Wissens beziehen sich auf die Welt als „Kultur“ und als „Natur“, sie analysieren, erklären und kritisieren die Welt.

Die Zentralsparkasse bzw. die aus der Fusion mit der Länderbank 1991 hervorgegangene Bank Austria ist nicht nur eine der zentralen Institutionen des österreichischen Bankwesens, sie hatte sehr lange – bis weit in die Gegenwart – die Bedeutung und den Ruf eines an den sozialen Interessen im Allgemeinen und jenen der „kleinen SparerInnen“ orientierten Sparkassenunternehmens. Verantwortlich dafür waren nicht nur die Bedeutung und der Stellenwert der KontoinhaberInnen und WirtschaftspartnerInnen, sondern auch die Rolle und vor allem die sozialen Rechte der MitarbeiterInnen. Die Unternehmensphilosophie und die Geschäftsgebarung der Zentralsparkasse waren die einer sozialen Unternehmung, die Geschäftsinteressen mit jenen der KundInnen, der MitarbeiterInnen und last but not least der Gemeinde Wien optimal zu verbinden suchte. Die Institution diente nicht nur und vor allem den Interessen der Finanzwirtschaft. Die MitarbeiterInnen waren als „BankbeamtInnen“ in einer dem öffentlichen Dienst gleichenden Stellung. Die Zentralsparkasse war daher in Wien in einer Position und in einem Ruf höchster Kontinuität und Verlässlichkeit.

Die Entwicklung der Zentralsparkasse in den rund 110 Jahren ihres Bestandes spiegelt Entwicklungen der Wirtschaftsgeschichte, insbesondere des Sparkassen- und Bankensektors wider; sie zeigt, wie insbesondere in den letzten 25 Jahren die Sonderstellung einer zentralen, sozial geprägten Wiener Wirtschafts-

institution unter den ubiquitären neoliberalen Bedingungen einer kompetitiven, ausschließlich am Unternehmensgewinn orientierten Politik an Bedeutung verliert.

Wissen ist jedenfalls, wie die vorliegende ausgezeichnete Studie von Rudolf Bogensperger zeigt, nicht ein linearer Wachstums- und auch nicht ein „Verbesserungsprozess“. Wissen stand und steht stets in einem Verhältnis zu Anwendungen, die wiederum Konsequenzen für die vorausgehenden Ideen und Theorien haben. Die Gefahr, dass aus Vernunft Unsinn und aus Wohltat Plage wird, ist mehr als eine Begleiterscheinung der Wissensentwicklung. Dies gilt nicht nur für Banken im Spannungsfeld zwischen der Erbringung von Dienstleistungen und Gewinnoptimierung, sondern für alle Institutionen auf ihrem Weg durch die Zeit.

Als Herausgeber der „Enzyklopädie des Wiener Wissens“ danke ich Rudolf Bogensperger, dass er seine materialreiche und analytisch luzide Arbeit zur Geschichte der Zentralsparkasse für die Publikation in dieser Reihe zur Verfügung gestellt hat.

Hubert Christian Ehalt

DANKSAGUNG

Ich danke Herrn Univ. Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, der mir als Leiter der Wissenschafts- und Forschungsförderung der Stadt Wien für die vorliegende Arbeit eine finanzielle Unterstützung gewährt hat.

Der Österreichische Sparkassenverband hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Publikation der vorliegenden Arbeit durch die Gewährung eines Publikationszuschusses zu unterstützen, wofür ich mich sehr herzlich bedanken möchte.

Herr Univ. Prof. Mag. Dr. Peter Eigner hat sowohl die Diplomarbeit als auch deren Erweiterung im Rahmen eines Forschungsprojektes der Stadt Wien betreut; außerdem hat er mit seiner Empfehlung die Genehmigung des Forschungsprojekts unterstützt. Er stand mir während des gesamten Zeitraums stets mit seinem Rat zur Seite und machte wertvolle Verbesserungsvorschläge.

Das zweite Empfehlungsschreiben stammte von Herrn Univ. Prof. Dr. Christian Dirninger. Ich hoffe, dass ich die in das Werk gesetzten Erwartungen erfüllen konnte.

Frau Dr. Ulrike Zimmerl, die Leiterin des Historischen Archivs der Bank Austria, gewährte mir Zugang zu wertvollen Quellenbeständen, die zum Teil für die vorliegende Arbeit erstmals ausgewertet wurden. Ohne diesen Zugang wäre es mir nicht möglich gewesen, die vorliegende Arbeit zu verfassen, und ich danke ihr sehr für dieses Entgegenkommen.

Auch Herr Mag. Alfred Paleczny ermöglichte mir den Zugang zu wertvollen Beständen und unterstützte mich mit Quellenvorschlägen und seinem lebhaften Interesse am Thema dieser Arbeit, wofür ich ihm sehr verbunden bin.

Ich danke Herrn Dr. Wilhelm Kraetschmer sowie Frau Angelika Eisenmagen und Frau Luzia Pfaffinger, die mir ermöglichten, das Archivmaterial des Sparkassenverbandes vor Ort durchzusehen, und die mich in vielfacher Form unterstützt haben.

Mein Dank gilt auch Frau Mag. Maria Steiner vom Bruno Kreisky Archiv für den Zugang zu Archivmaterial und für die

Unterstützung bei der Recherche und viele wertvolle Anregungen.

Dr. René Alfons Haiden und Frau Flora Krauhs standen mir dankenswerterweise als Interviewpartner zur Verfügung und gaben mir dadurch anhand ihrer Erinnerungen zahlreiche wertvolle Einblicke in die Struktur und die gesellschaftspolitische Aufgabe und Bedeutung der Zentralsparkasse.

Den stets freundlichen Mitarbeitern des Wiener Stadt- und Landesarchivs und des Österreichischen Staatsarchivs danke ich für die Betreuung bei meinen umfangreichen Recherchen.

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit basiert auf einer von Univ. Prof. Mag. Dr. Peter Eigner betreuten Diplomarbeit über die Geschichte der Zentralsparkasse im Zeitraum 1907–1914,¹ nach deren Fertigstellung sich die Möglichkeit ergab, die Untersuchung mit einer finanziellen Unterstützung der Wiener Wissenschafts- und Forschungsförderung bis zur Gegenwart fortzusetzen. Diese Gelegenheit habe ich sehr gerne wahrgenommen.

Zahlreiche Primärquellen wurden dafür erstmals ausgewertet. Dazu gehören unter anderem die Protokolle der Sitzungen von Ausschuss und Kuratorium der Zentralsparkasse aus dem Zeitraum 1907–1922. Besondere Erwähnung verdienen auch die Sitzungsprotokolle des Reichsverbandes der Deutschen Sparkassen in Österreich aus den Jahren 1908–1934. Da die Zentralsparkasse eine der größten Sparkassen Österreichs war, gelang es ihr, wie diese Protokolle zeigen, die Verbandspolitik maßgeblich zu beeinflussen.

Die Zeit des Nationalsozialismus wird auf knappem Raum unter Beschränkung auf einige aus meiner Sicht besonders wesentliche Punkte besprochen, da die Historikerkommission der Bank Austria Creditanstalt diesen Zeitraum bereits sehr detailliert analysiert hat.²

Für die Zeit nach 1945 ist der Bestand der Sparkassenaufsicht im Wiener Stadt- und Landesarchiv der wesentliche ausgewertete Primärquellenbestand. Die umfangreiche Literatur zum Thema, die nach 1945 teils von der Zentralsparkasse selbst, teils von Dritten herausgegeben wurde, wurde unter Beschränkung auf ausgewählte Schwerpunkte ausgewertet.

Der 2007 anlässlich des hundertjährigen Gründungsjubiläums der Zentralsparkasse erschienene Sammelband „Die Z – Eine Wiener Erfolgsgeschichte“³ konzentriert sich vor allem auf das Wachstum des Geschäftsvolumens und die geschäftspolitischen Innovationen der Zentralsparkasse. Die vorliegende Arbeit stellt hingegen stärker die Rolle der Zentralsparkasse innerhalb des

Reichsverbandes der Deutschen Sparkassen in Österreich bzw. nach 1945 innerhalb des Sparkassenverbandes ins Zentrum. Zudem werden die zahlreichen Abkommen, die den Wettbewerb im österreichischen Kreditwesen nach 1945 reguliert haben, behandelt und ihre konkreten Auswirkungen auf die Geschäftspolitik der Zentralsparkasse analysiert. Einen besonderen Schwerpunkt bilden auch die Übernahmen von anderen Kreditinstituten durch die Zentralsparkasse, die wesentlich zur Sonderstellung der Zentralsparkasse innerhalb des österreichischen Kreditwesens beigetragen haben. Auch die Verschmelzung von Zentralsparkasse und Länderbank zur Bank Austria wird analysiert, ebenso wie die Übernahme der Creditanstalt und die Verschmelzung der Bank Austria mit der HVB.

Naturgemäß wird zudem das vielschichtige Verhältnis der Zentralsparkasse zu „ihrer“ Haftungsgemeinde untersucht. Auch die Analyse ihrer Geschäftspolitik beleuchtet vor allem den Zusammenhang zwischen Gemeindehaftung und Geschäftstätigkeit. Es wird untersucht, inwieweit die Gemeinde aufgrund ihrer Eigenschaft als Haftungsträger erhöhte wirtschaftspolitische Handlungsspielräume gewinnen konnte. Anhand konkreter Beispiele wird die Strukturpolitik der Gemeinde im Rahmen der Vergabe von Krediten der Zentralsparkasse beleuchtet. Aber auch die Risiken, die die Gemeinde als Haftungsträger übernahm, sollen diskutiert werden. In diesem Kontext werden ferner die Auswirkungen von gesetzlichen Regelungen auf das Verhältnis zwischen Haftungsgemeinde und Sparkasse zu analysieren sein.

Auf Tabellen und statistische Zeitreihen wurde aufgrund der Begrenzung der zur Verfügung stehenden Seitenzahl weitgehend verzichtet. Entsprechendes Material bietet die bereits erwähnte Publikation zum hundertjährigen Gründungsjubiläum der Zentralsparkasse.⁴

Abschließend wird untersucht, welche Regelungen auf das Ende der Übernahme von Haftungen durch die Stadt Wien ab 2001 folgten. Diese Frage ist vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen⁵ vor allem im Sektor der Landeshypothekenanstalten meiner Ansicht nach von erheblicher Bedeutung.

DAS PROJEKT DER GRÜNDUNG EINER STÄDTISCHEN SPARKASSE IM SPANNUNGSFELD DER WIENER GEMEINDE- UND BEZIRKSPOLITIK

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien war eine verhältnismäßig späte Gründung. Obwohl sie bereits seit der Übernahme der Wiener Gemeindeverwaltung durch die Christlichsozialen 1896/97 propagiert wurde und sehr populär war, zog sich die Gründung jahrelang hin. Anderen Projekten, wie etwa der Kommunalisierung der Straßenbahnen oder der Gaswerke, wurde eine höhere Priorität zugesprochen.

Dies hing zunächst damit zusammen, dass es sich bei den genannten Themen traditionell um „heiße Eisen“ der Wiener Stadtpolitik handelte, während das De-facto-Monopol, das die Erste Österreichische Sparkasse seit ihrer Gründung 1819 in Wien besaß, politisch unumstritten war. Die Schwierigkeiten, auf die das Projekt der Gründung einer Gemeindesparkasse stieß, hingen vor allem mit Interessenkonflikten und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der christlichsozialen Partei zusammen. Als Karl Lueger zum Wiener Bürgermeister ernannt wurde, bestanden in Wien nämlich bereits Sparkassen mehrerer ehemaliger Vorortgemeinden, sogenannte Kommunalsparkassen, die sich sehr erfolgreich entwickelten und hohe Einlagenzuwächse verzeichnen konnten. Die Kommunalsparkassen befürchteten zu Recht, dass die Gründung einer Zentralsparkasse ihre Eigenständigkeit gefährden könnte, jedenfalls aber ihre Einzugsgebiete schmälern würde. Eine weitere Verzögerung ergab sich daraus, dass die geplante Gründung der Zentralsparkasse anfangs mit dem Projekt einer städtischen Pfandleihanstalt verknüpft wurde. Diese Verknüpfung erscheint aus heutiger Sicht sehr zweckmäßig, waren doch Pfandleihanstalten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert für breite Schichten der Bevölkerung beinahe die einzige Möglichkeit, einen Kredit zu erhalten. Implizit wurde

durch die Verknüpfung dieser beiden Projekte anerkannt, dass die Kreditaufnahme und das Sparen keine Gegensätze, sondern eine notwendige Ergänzung waren. Dies stand jedoch in einem gewissen Gegensatz zur traditionellen „Sparideologie“, die Kreditvergaben an Privatpersonen – soweit es sich nicht um Gewerbetreibende handelte – ablehnte. Sparen wurde als eine Pflicht des Einzelnen angesehen, um der Gemeinschaft nicht durch den Bezug von Sozialleistungen zur Last zu fallen. Damit verbunden war eine starke soziale Stigmatisierung der Kreditnehmer.⁶

In eine ganz andere Richtung zielten Bestrebungen, anstelle einer Sparkasse eine städtische Bank zu gründen, um die finanzielle Abhängigkeit der Stadt von den Wiener Großbanken zu vermindern. Auch die Frage des Standorts des zu gründenden städtischen Finanzinstituts war lange Jahre hindurch unklar. Alle diese Faktoren verzögerten die Gründung.

Eine Idee wird geboren: Die ersten Anträge zur Gründung einer Wiener Gemeindesparkasse und Pfandleihanstalt

Die erste Gemeindesparkasse auf dem heutigen Wiener Gemeindegebiet nahm am 2. Jänner 1881 in Floridsdorf ihren Betrieb auf.⁷ Noch im selben Jahr wurde auch in der kleinen Vorortgemeinde Sechshaus eine Gemeindesparkasse gegründet. Anfangs war das Misstrauen gegenüber den neuen Instituten groß, denn die Zusammenbrüche von Banken und Kreditgenossenschaften nach dem Börsenkrach von 1873 lagen erst wenige Jahre zurück.⁸ Die Eröffnung in Sechshaus wurde daher nicht von besonderen Feierlichkeiten begleitet. Zu groß war die Furcht davor, dass das Experiment der Sparkassengründung scheitern könnte.⁹ Bereits 1883 war der Erfolg der Sechshauser Gründung jedoch so weit gesichert, dass sie von den Befürwortern einer Sparkassengründung im nahe gelegenen Hernals als Vorbild herangezogen wurde.¹⁰ Dieser Erfolg ist vor allem deshalb bemerkenswert, da die Sparkassen zu Beginn ihrer Tätigkeit noch nicht über ein eigenes Gebäude verfügten, sondern in den Gemeindeämtern der

jeweiligen Vororte untergebracht waren. Die Einlagenentwicklung der Sparkassen war daher immer auch ein Gradmesser des Vertrauens der Bevölkerung zur Gemeindeverwaltung. Die Erste Österreichische Sparkasse hatte mit der Errichtung von Expositionen in den Gemeindeämtern der Vororte noch in den 1860er Jahren Schiffbruch erlitten, „da sich damals eine entschiedene Abneigung des Publikums gegen den Gang in die Gemeindehäuser, { ... } und gegen den Verkehr mit den als Vereinskommisären der Spar-Casse fungierenden Vertretern der Gemeinde Wien geltend gemacht hatte.“¹¹ Wie wichtig das Vertrauen der potenziellen Sparer gerade in der Gründungsphase der Sparkasse war, zeigte sich anlässlich der 1883 stattfindenden Gründung der Gemeindesparkasse Oberdöbling. In diesem Fall fungierte die Gemeinde Nußdorf als ein zusätzlicher Haftungsträger, was jedoch in der Nußdorfer Bevölkerung auf Ablehnung stieß. Daher wurde die Einzahlungsstelle der Sparkasse in Nußdorf boykottiert und musste schließlich aufgegeben werden.¹² Der Erfolg der übrigen Sparkassengründungen in den Vororten ist neben dem Vertrauen der Bevölkerung auch auf die rasche Bevölkerungszunahme in diesen Gemeinden zurückzuführen. Die bereits 1879 dokumentierte Vorhersage der Österreichisch-ungarischen Sparkassenzeitung, dass in den Vororten der Stadt Wien eine Notwendigkeit bestehe, Sparkassenniederlassungen zu errichten,¹³ erwies sich als richtig.

Der erste Antrag, der die Gründung einer Gemeindesparkasse für Wien selbst ins Auge fasste, wurde in der ersten Hälfte der 1880er Jahre von Gemeinderat Ignaz Mandl eingebracht.¹⁴ Mandl hatte gemeinsam mit dem späteren Bürgermeister Karl Lueger ein umfangreiches sozialreformerisches Programm entworfen;¹⁵ in diesem Kontext ist auch die Anregung zur Gründung einer Gemeindesparkasse zu sehen. Vorerst konnte sich die Gemeinde jedoch noch nicht zur Gründung einer Sparkasse entschließen, zumal mit der Ersten Österreichischen Sparkasse und der 1872 gegründeten Neuen Wiener Sparkasse in Wien bereits zwei Vereinssparkassen bestanden. Hingegen kam es in den Vororten nicht zuletzt aufgrund des Erfolgs der Sechshauser Sparkasse noch in den 1880er Jahren zur Gründung weiterer Sparkassen in Hernals und Währing sowie in Oberdöbling. Die Gemeinde Sechshaus

wiederum errichtete 1890 als Ergänzung der bestehenden Sparkasse eine Pfandleihanstalt.¹⁶ Das k. k. Versatzamt hatte mit Ausnahme einer seit 1885 bestehenden Zweigstelle in der Josefstadt¹⁷ noch keine Filialen in den Wiener Bezirken sowie in den Vororten. Die Darlehen wurden unter Berücksichtigung der Nebenkosten mit bis zu 25 Prozent pro Jahr verzinst,¹⁸ während private Pfandleiher oftmals noch höhere Kreditzinsen verlangten. Die Neugründung sollte hier eine Alternative bieten.

Vor diesem Hintergrund stellte der christlichsoziale Gemeinderat Baudrexel im Dezember 1889 den Antrag, die Gemeinde Wien solle eine städtische Sparkasse und in Verbindung mit dieser eine städtische Pfandleihanstalt gründen. Der Antrag wurde der 1. Sektion des Wiener Gemeinderates zugewiesen und versandete dort.¹⁹

Die Gründung von weiteren Gemeindesparkassen und Pfandleihanstalten in den Vororten wurde ab 1890 von den Aufsichtsbehörden unter Hinweis auf die bevorstehende Vereinigung mit Wien abgelehnt.²⁰

Nachdem die Vereinigung erfolgt war, griffen neu gewählte Gemeinderäte aus den ehemaligen Vororten das Projekt einer städtischen Sparkasse mit angegliederter Pfandleihanstalt wieder auf. Der Rudolfsheimer Gemeinderat Georg Röhl verlangte eine Vereinigung der bestehenden Kommunalsparkassen zu einer „*Groß-Wiener Sparkassa*“²¹. Es erscheint möglich, dass dieser Antrag mit der Kommunalsparkasse Sechshaus/Rudolfsheim abgesprochen war, denn als größte und älteste Kommunalsparkasse wäre ihr sicherlich eine Führungsrolle zugefallen. Bemerkenswert ist auch der relativ umfassende Geschäftskreis, den Röhl der neu zu gründenden Sparkasse zugeordnet hatte. Die Sparkasse sollte nicht nur Hypothekarkredite sowie Kredite an die Haftungsgemeinde vergeben können; auch die Belehnung von Wertpapieren sollte möglich sein; sogar die Vergabe von Wechselkrediten an Gewerbetreibende fasste Röhl bereits ins Auge. Er verlangte zudem die Errichtung von Filialen in jedem Wiener Gemeindebezirk. Obwohl Röhl selbst der damals noch regierenden liberalen Partei angehörte, versandete sein Antrag im Stadtrat.²²

Auch der Antrag, eine der Hernalser Kommunalsparkasse angegliederte Pfandleihanstalt nach dem Vorbild der im nunmehrigen Bezirk Rudolfshiem gelegenen Anstalt zu gründen, wurde nicht weiterverfolgt.²³ Ein weiterer Antrag, der 1895 die Errichtung einer Kommunalsparkasse mit angeschlossener Pfandleihanstalt im Bezirk Ottakring verlangte, scheiterte ebenfalls.²⁴ Erst nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die christlichsoziale Partei 1896 wurden die Anträge zur Gründung einer städtischen Zentralsparkasse konsequent aufgegriffen.

Der neue christlichsoziale Finanzstadtrat Felix Hraba strebte zunächst eine Vereinheitlichung der Geschäftsführung der Kommunalsparkassen an. Die liberale Stadtregierung hatte zwar bereits im März 1893 eine Vereinheitlichung der Einlagenverzinsung der bestehenden Kommunalsparkassen erreicht: Für Einlagen bis 5.000 Gulden wurden 3,6 Prozent Zinsen gewährt; über dieser Grenze betrug die Verzinsung nur noch 3 Prozent. Diese neuen einheitlichen Einlagenzinssätze waren mit 1. Juli 1893 verbindlich geworden.²⁵ Die degressive Verzinsung führte anfangs zu einem Einlagenrückgang²⁶ und in weiterer Folge zu einer deutlichen Verlangsamung des Einlagenzuwachses der Kommunalsparkassen, was sich besonders deutlich bei der jüngsten Sparkasse in Hernals nachweisen lässt.²⁷ Dies kann als Indikator dafür gelten, dass auch vermögendere Schichten der Wiener Bevölkerung damals bereits zu den Kunden der Kommunalsparkassen zählten. Hraba dachte vorerst dennoch nicht daran, die Verzinsungsmodalitäten zu adaptieren, zumal auch die Erste Österreichische Sparkasse weiterhin an der degressiven Verzinsung festhielt. Sein Antrag ging wesentlich weiter als die Initiative der Liberalen und strebte eine vollständige Vereinheitlichung der Konditionen an. Um zu vermeiden, dass sich die bestehenden Sparkassen gegenseitig konkurrenzten, sollten sie dieselben Darlehenskonditionen und Kündigungsfristen anbieten. Eine Kommunalsparkasse sollte nur noch an Bewohner des Bezirks Hypothekendarlehen vergeben können. Auch die Kündigungsfristen für Spareinlagen sollten vereinheitlicht werden. Die Vorstände der Kommunalsparkassen sollten mindestens einmal pro Monat zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkommen.²⁸ Die

angestrebte Zusammenarbeit sollte letztlich die Schaffung einer einheitlichen Wiener Gemeindesparkasse ermöglichen. Ein diesbezüglicher Antrag des Gemeinderates Kreisel im Jahr 1896 sah die Neugründung einer Gemeindesparkasse vor, die eine Zentrale im Ersten Bezirk sowie Filialen in allen anderen Bezirken errichten sollte. Kreisel argumentierte, die zu erwartenden Gewinne in Höhe von mindestens 0,5 Prozent des Einlagenstandes würden die Gewährung großzügiger Spenden ermöglichen. Zahlreiche andere Großstädte der Monarchie besäßen bereits eine solche Sparkasse; Wien dürfe da nicht zurückstehen. Die bestehenden Kommunalsparkassen sollten mit der Neugründung fusioniert werden.²⁹

Es zeigte sich jedoch bald, dass der Gemeinde Wien die rechtliche Möglichkeit fehlte, eine Fusion oder auch nur eine engere Kooperation der bestehenden Kommunalsparkassen auf gesetzlichem Weg zu erzwingen.³⁰ Um zumindest eine Vereinheitlichung der Geschäftsführung auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, wurde im Oktober 1897 ein fünfköpfiges Komitee aus Mitgliedern des Stadtrats gebildet.³¹ Dieses Komitee konnte jedoch keine nennenswerten Erfolge verzeichnen. Ganz im Gegenteil; die im Gefolge des Burenkriegs auftretende Steigerung der Einlagenverzinsung führte dazu, dass die einzelnen Kommunalsparkassen im Lauf des Jahres 1900 wieder zu einer eigenständigen Zinspolitik übergingen.³²

Auch die Gründung der Zentralsparkasse verzögerte sich weiter, da die Gründungskosten mit etwa zwei Millionen Gulden veranschlagt wurden.³³ Man fürchtete, die Einleger könnten der neu zu gründenden Sparkasse mit Misstrauen gegenüberreten, wenn die Amtsräumlichkeiten zu wenig repräsentativ wären.³⁴

Der Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines städtischen Finanzinstituts

Am 20. April 1900 beschloss der Gemeinderat der Stadt Wien, sowohl das Statut einer städtischen Sparkasse als auch das Statut einer städtischen Bank auszuarbeiten. Die Befürworter einer

Bankgründung erhofften sich günstigere Refinanzierungsbedingungen für die Gemeinde.³⁵ Der Finanzstadtrat Hraba bekannte sich jedoch als Gegner einer Bankgründung:

*„Was nun die Anregung bezüglich einer städtischen Bank anbelangt, so möchte ich mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß ein Statut sehr bald ausgearbeitet ist. Da nimmt man sich ein paar Statuten her und stellt etwas zusammen; damit ist aber gar nichts geschehen. Die Hauptsache bei der städtischen Bank ist das Actienkapital und das ist im geldarmen Österreich überhaupt nicht aufzubringen. In unseren Kreisen ist es gewiß nicht aufzubringen.“*³⁶

Hraba befürchtete, dass die liberale Opposition versuchen würde, sich über den Umweg der Bank Einfluss auf die Gemeindepolitik zu verschaffen. Diese Befürchtungen wurden wohl dadurch genährt, dass auch liberale Gemeinderäte zu den Befürwortern einer Stadtbankgründung zählten.³⁷

Die Notwendigkeit der Gründung einer Sparkasse wurde von Gemeinderat Josef Porzer vor allem damit erklärt, dass die Erste Österreichische Sparkasse für weite Kreise der Bevölkerung unattraktiv sei. Er wandte sich damit gegen das Argument, dass für eine weitere Sparkasse in Wien kein Bedarf bestehe:

„Wer Gelegenheit hat, bei der Ersten österreichischen Sparcassa zu verkehren und dort Einlagen oder Behebungen zu machen, wird gesehen haben, dass selbst für das geringste Geschäft der Aufwand eines halben, wenn nicht eines ganzen Tages nothwendig ist. Das ist für unsere Geschäftsleute ein Ding der Unmöglichkeit, die ihre Zeit nothwendiger brauchen, als sie dort zu vertrödeln.

*Auch in anderer Beziehung hat die Erste österreichische Sparcassa den Anforderungen, welche man im Interesse des Gewerbes an sie zu stellen berechtigt ist, nicht entsprochen. Der Zinsfuß, welcher dem Einleger gegeben wird, ist ein sehr geringer, und die Darlehen, welche gegeben werden, sind den Kleingewerbetreibenden fast nicht zugänglich. Wenn die Gemeinde ein solches Institut in der Hand hat, wird sie in der Lage sein die Gelder, welche zufließen, in einer Weise zu verwenden und auszunützen, dass sie auch dem Gewerbe zustatten kommen.“*³⁸